81. Jahrgang. Nr. 404 Sonntag, 29. August 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschließlich 42,84 Rpf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Verlag. Einzelnummer 15 Rpf., außerhalb Sachsens 20 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Bildergeb. 50 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Englische Protestnote an Japan überreicht

Die Folgen des Angriffs auf den britischen Botschafter

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. August.

Wie aus Schanghai verlautet, hat die britische Regierung auf Grund des Angriffes auf ihren Botschafter in China an Japan eine Protestnote gerichtet, die bereits in der Nacht zum Sonnabend in Tokio überreicht worden sein soll.

Diese Note soll alsbald nach dem Empfang des japanischen Botschafters in London von Eden geschrieben worden sein. In dieser Unterredung hatte der japanische Botschafter sein Bedauern ausgesprochen und auch im Namen Japans eine eingehende Untersuchung in Aussicht gestellt. Dabei soll auch von seiten Japans der Einwand erhoben worden sein, daß der britische Botschafter vor seiner Fahrt den japanischen Militärbehörden hätte Mitteilung machen müssen. Die Note Englands soll an diesen japanischen Einwand anknüpfen und ihrerseits die englische Ansicht und Auffassung zum Ausdruck bringen, daß sich nämlich der Zwischenfall auf einem Gebiet zugetragen hätte, wo eine formelle Kriegserklärung nicht erfolgt sei. In derartigen Fällen sei es üblich, daß dritte unbeteiligte Regierungen erst nach erfolgter Kriegserklärung der Parteienmächte ihren Diplomaten entsprechende Weisungen, gegebenenfalls zum Verlassen ihrer Botschaften und Gesandtschaften erteilten. Somit stellten die Schüsse der japanischen Flieger auf den britischen Botschafter, wie die Note hervorheben soll, eine Verletzung der internationalen Rechte dar.

Der Unterredung Edens mit dem japanischen Botschafter sind Besprechungen englischerseits mit den übrigen am Schanghaikonflikt interessierten diplomatischen Vertretungen der Großmächte vorangegangen. Man hat sich vom Foreign Office auch über das Verhalten anderer Diplomaten in der gefährdeten Zone unterrichten lassen. Es soll bereits eine völkerrechtliche Untersuchung über die Frage, auf Grund welcher Rechte die Japaner Aufklärung über Reisen und Aufenthaltswechsel ausländischer Diplomaten fordern, im Gange sein. England hat die amerikanischen Vorstellungen in Nanking und Tokio unterstützt und seinerseits ebenfalls eine Ausschließung von Tientsin aus den immer weiter sich ausdehnenden Kampfgebieten gefordert. Hier spielen natürlich für England nicht nur materielle Gesichtspunkte mit, sondern der Wunsch, mit Amerika so eng wie möglich zusammenzuarbeiten.

Wie die Londoner Blätter berichten, wird der britische Protest in Tokio noch am heutigen Sonnabend veröffentlicht werden. „Daily Expreß" und „Daily Mail" nehmen an, daß es, wenn Japan nicht volle Genugtuung leistet, zu einer zeitweiligen Abberufung der diplomatischen Vertreter Englands in Tokio kommen könne.

Der englische Botschafter außer Lebensgefahr

Der Zustand des englischen Botschafters in China, Sir Hughes Knatchbull, scheint sich nach den letzten Meldungen aus Schanghai soweit gebessert zu haben, daß er trotz seiner schweren Verletzungen nicht mehr in Lebensgefahr schwebt. Der Botschafter hat auch die zweite Nacht gut überstanden. Ein Arzt erklärte, man hoffe, daß der Botschafter in sechs bis sieben Wochen das Krankenhaus werde verlassen können. Im Krankenhaus, in dem der Botschafter daniederliegt, liefen den ganzen Tag über Bekundungen der Anteilnahme aus der ganzen Welt ein, unter anderem vom König von England und vom Marschall Tschiangkaischek.

Kronrat beim englischen König

London, 28. August.

König George hielt am Freitag auf seinem schottischen Sommersitz Schloß Balmoral einen Kronrat ab, an dem Ministerpräsident Chamberlain und der britische Botschafter in Rom, Earl of Perth (Sir Eric Drummond), teilnahmen. Vor der Besprechung erstattete Ministerpräsident Chamberlain ausführlich Bericht über die internationale Lage.

40000 Gefangene und umfangreiches Kriegsmaterial

Die Beute der Franco-Truppen bei Santander – Angriffe der Bolschewisten an anderen Fronten

Salamanka, 28. August.

Der nationalspanische Heeresbericht vom Freitag lautet:

Santander-Front: Im östlichen Abschnitt besetzten unsere Truppen am Donnerstag Santona, wo sich elf feindliche Bataillone ergaben, außer den 17, die bereits im letzten Heeresbericht genannt wurden. Die übrigen Kolonnen haben in dem neugewonnenen Gebiet Erkundungen durchgeführt und umfangreiches Material erbeutet. Im westlichen Abschnitt wurde die Linie von Trasierra erreicht und vier Höhen, ferner die englische Grube und der Ort Ayuela im Norden von Cabezon de la Sal besetzt.

In Santander dauert der unbeschreibliche Jubel der Bevölkerung an. Die Materialbeute erhöht sich fortgesetzt, was ein glänzender Beweis für die Größe unseres Sieges und der Niederlage des Gegners ist. Die Zahl der Gefangenen beträgt in den verschiedenen Zonen über 40 000. Unter dem erbeuteten Material befinden sich auch Munitionslager. Auf dem Flughafen von Albericia sind 30 Flugzeugmotoren gefunden worden. Die Verbindungen zwischen Santander und Bilbao sind wiederhergestellt.

Aragon-Front: Der Gegner übt weiterhin einen Druck auf unsere Stellungen aus; seine Angriffe wurden aber sämtlich zurückgeschlagen, wobei er starke Verluste erlitt. Die von den bolschewistischen Sendern verbreiteten Nachrichten, wonach die Marxisten angeblich unmittelbar vor Saragossa ständen, sind vollkommen falsch. Wo der Feind in unsere Linien eingebrochen war, wurde er wieder vertrieben.

Soria-Front: Der Gegner griff die von uns in den letzten Tagen eroberten Stellungen an und wurde zurückgeschlagen.

Madrid: Der Gegner machte einen Angriffsversuch im Abschnitt des Westparks, wurde aber zurückgeschlagen und erlitt starke Verluste.

Luftwaffe: Im Luftkampf wurden am Freitag von unseren Jagdfliegern an der Aragon-Front acht feindliche Apparate abgeschossen. Unsere Luftabwehr holte ein zweimotoriges Flugzeug herunter.

Pamir-Gebirge abermals überflogen

Berlin, 28. August.

Nachdem, wie bereits gemeldet, vor einigen Tagen ein Lufthansa-Flugzeug zum erstenmal das Pamir-Gebirge überflogen hatte, ist diese verkehrsfliegerische Leistung jetzt von einer zweiten Junkers „Ju 52" der Deutschen Lufthansa unter Führung von Flugkapitän Drechsel, Flugzeugführer v. Tettenborn und Funkmaschinist Penke, die ebenfalls von Kabul aus über Aksu nach Suichen (China) flog, mit der gleichen Sicherheit und Zuverlässigkeit im Rahmen der Erkundungsflüge eines weiteren Luftverkehrsweges nach dem Fernen Osten wiederholt worden.

Das Flugzeug verließ die afghanische Hauptstadt in den frühen Morgenstunden und bezwang das schwierige Gebirgsmassiv ebenso wie das erste Flugzeug auf dem Wege über den Wakhan-Paß, der Afghanistan mit der chinesischen Provinz Sinkiang verbindet. Nach eilfstündigem Fluge erreichte es sein Ziel. Beide Flugzeuge sollen in den nächsten Tagen nach Kabul zurückfliegen. Während die von Direktor Freiherr von Gablenz und Flugkapitän Unucht geführte „Ju 52" anschließend nach Deutschland zurückkehren wird, soll Flugkapitän Drechsel noch einmal über den Wakhan-Paß nach China fliegen.

Danzig weist polnische Vorstellungen zurück

Danzig, 28. August.

Wie wir erfahren, hat der Senat der Freien Stadt Danzig den Protest der polnischen Regierung gegen die Maßnahmen der Danziger Schulverwaltung als unbegründet zurückgewiesen.

Antialkoholiker-Kongreß in Warschau. Nach einer Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung wird am 12. September in Warschau ein internationaler Antialkoholiker-Kongreß beginnen, an dem 16 Staaten teilnehmen. Den Vorsitz im Ehrenkomitee hat Marschall Rydz-Smigly übernommen.

Der englische Kriegsminister Hore-Belisha wird sich am 18. September nach Frankreich begeben, um den französischen Armeemanövern beizuwohnen.

Ohne Dank des Präsidenten

„Amerika, du hast es besser!": dieser alte Satz hat immer noch für viele Dinge eine starke Berechtigung. Wer quer durch Europa fährt, muß dabei ungefähr ein Dutzend Paßkontrollen über sich ergehen lassen; wer das Riesengebiet der Vereinigten Staaten durcheilt, bleibt vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean unbehelligt. Die Länder Europas sehen sich zu starken Rüstungen gezwungen. In England machen die Truppen Propagandamärsche über Hunderte von Kilometern, um mit Musik und Tamtam Rekruten zu werben. Unter dem hysterischen Geschrei nach Sicherheit kann man in Frankreich jederzeit die Kommunisten und Sozialisten mit den Rechtsgruppen unter einen Hut bringen, obwohl sie sonst wie Hund und Katze zueinander sind. Den Frieden zu erhalten und einen kommenden Krieg zu vermeiden, erscheint als das Hauptstreben, dem sich alles andere unterordnet. Die Volkswirtschaften werden in den Dienst der Rüstungen gestellt; der Begriff der totalen Landesverteidigung ist Allgemeingut geworden. Diese Sorgen kennt man in USA nicht. Daß man die Flotte auf der Stärke der englischen halten muß, daß man den Bau von Großkampfschiffen in Japan mit wacher Aufmerksamkeit verfolgt, trifft zwar zu. Wohl bedienen sich auch die amerikanische Luftwaffe und die amerikanischen Landstreitkräfte der modernsten Maschinen. Aber die Rüstungsfragen sind doch solche zweiter Ordnung. Die Vereinigten Staaten haben eben keine feindlichen Nachbarn; weder im Norden, noch im Süden werden die Grenzen bedroht. So ist die amerikanische Außenpolitik Handels- und Wirtschaftspolitik. Jede Regierung wird danach beurteilt, was sie für die Wirtschaft des Landes getan hat. Infolgedessen erscheint auch den Amerikanern die Innenpolitik als weit wichtiger, als alles äußere Getriebe. Da allerdings erhebt sich die große Frage, wieweit das Wort, daß Amerika es besser habe, noch Geltung besitzt, und wie lange dies noch der Fall sein wird. Denn die Hochburg des Kapitalismus wird erschüttert durch nicht mehr einzudämmende soziale Strömungen. In einem sozialen Umbruch befinden sich die Vereinigten Staaten, wie sie ihn in ihrer Geschichte bisher noch nicht erlebten. Der Präsident Roosevelt will diesen Umbruch in vernünftige Bahnen leiten. In einer Botschaft an den Kongreß hat er dargelegt, es ginge nicht mehr an, daß ein Drittel der Bevölkerung unterernährt sei, mangelhaft bekleidet und unzureichend untergebracht. Es sei eine Schande, noch länger Hungerlöhne, Kinderarbeit und eine übermäßige Arbeitszeit zu dulden. Eine neue Wirtschaftsethik müsse neue Maßstäbe schaffen. Kurzum, das Wirtschaftsdenken müsse sich wandeln. Und er verkündete ein umfangreiches Sozialprogramm.

Manches hat sich gewandelt in USA. Was gestern noch als erlaubte und unbedenkliche Geschäftsmethode galt, wird heute öffentlich angeprangert. Bei krassen Verstößen veröffentlichen die Zeitungen auf den ersten Seiten schonungslos die Sündenregister. Neben tatsächlichen Neuerungen sollen Maßnahmen nachgeholt werden, die uns längst als soziale Selbstverständlichkeiten erscheinen, zum Beispiel die Einführung einer Alters- und Arbeitslosenversicherung. Die Regierung hat staatliche Büros für Arbeitsvermittlung eingerichtet. Kennzeichnend für die Gesamtlage ist aber, daß staatliche Filme laufen müssen, um für die Benutzung dieser Stellen zu werben. In ihnen wird gezeigt, wie Arbeitslose zur Vermittlungsstelle kommen, eine bildhübsche Sekretärin (in Hollywood bestens zurechtgemacht) ihnen aus einer Riesenkartothek das Geeignete herausfischt oder denen, die älter sind und nicht so leicht untergebracht werden können, wöchentlich eine Tüte mit der Unterstützung aushändigt. Dieser propagandistische Aufwand zeigt vielleicht am besten, auf welchem sozialen Stand die Vereinigten Staaten heute angelangt sind.

Wegen seines sozialen Reformprogramms wurde Roosevelt zum zweiten Male zum Präsidenten gewählt. Wegen seines Eintretens für den kleinen Mann trug er einen gewaltigen Stimmensieg davon. Als Hauptbemmnis erschien das Oberste Bundesgericht, das während der ersten Amtszeit des Präsidenten so manchen der Vorschläge für

Heute Beilage:

Unsere Wehrmacht